

Schweizerische Gesandtschaft.

Berlin, den 18 Februar 1884.

En circulation
21, II, 84

Hochgeachteter Herr Bundespräsident!

Nach habe in den letzten Tagen wiederholt Gelegenheit gefunden, mich an zuverlässiger Stelle über die momentane Situation zu erkundigen.

Das Resultat dieser Erkundigungen geht dahin, dass nach einseitiger Auffassung eine merkliche Änderung in der politischen Lage seit dem Zeitpunkt des Abgangs meines letzten Briefes nicht eingetreten ist.

Man sieht, wie wir sie jetzt durchmachen, kann es sich für uns, ^{diplomatische} Vertreter, aber nicht nur darum handeln, Neues zu melden. Auch die Bestätigung früherer Beobachtungen gehört in den Bereich der uns obliegenden Nachrichtenhaltung, und wenn hierbei auch wesentlich neue Hauptmomente also nicht zu verzeichnen sind, so werden sehr gelegentlich wenigstens die Nuancen der uns

Herrn Bundespräsident Herz
A Bern.

29

Dodis



gewordenen Mittheilungen und bieten diese anscheinbar bedeutungslosen Varianten der Meinungsäußerung unserer Gewährsmänner doch wieder neue Anhaltspunkte für die Beurtheilung der Situation.

Nicht geändert hat sich die Sachlage in der allerbekanntesten Zeit vor allem insofern, als die Generalität im Allgemeinen und mit ihr natürlich die Officierskreise überhaupt, sowie diejenigen, welche mit denselben verwandtschaftlich oder gesellschaftlich in Berührung stehen, fortgesetzt die nächste Zukunft sehr schwarz sehen, besond. an einem nahen Krieg glauben und die Ansicht geltend machen, da ein Krieg doch unvermeidlich sei, sei es ein Uebel der Abwägung, dass man jetzt losschlage, wo die Franzosen in ihren Plänklingen unwissentlich an der Deutschen Armee noch mit nachsehen. Dass aber die Spitzen der Armee, wie z. B. Moltke, Graf Waldersee u. s. w. letztere Ansicht in so imperativen Weise vertreten, wie es die öffentliche Meinung behaupten will, möchte ich doch bezweifeln. Ich habe wenigstens aus Besprechungen mit Moltke und Waldersee den Eindruck nicht erhalten, dass von ihrer Seite eine directe Pression im

angesprochen Sinne auf die Entschliessungen des Fürsten Bismarck
 versucht wird, wenn gleich auch sie zugeben, dass vom
 militärischen Standpunkte aus die Chancen für Deutschland Frank-
 reich gegenüber auch das Letztere sich zweifellos weniger günstig
 gestalten dürfte.

Mit andern Worten, ich glaube nicht, dass Malthe
 und Waldsee derjenigen Richtung angehören, welche aus dem
 erwähnten Gründen die Deutsche Regierung bestimmen möchte,
 den Krieg mit Frankreich à tout prix zu provozieren. Man
 kann in die Zukunft haben aber entschieden auch sie sehr
 wenig. Auf meine Frage, ob sich nicht die Situation in
 der letzten Zeit eher etwas gebessert habe, wie dies von
 gewisser Seite her behauptet wurde, antwortete mir Graf Mal-
 the von einigen Tagen: „Nein, die Lage ist immer die
 gleiche. Worin sie in Paris den Bourbonen nicht weig,
 so stehen wir beständig vor der Gefahr eines Krieges. Man
 hat ja unlängst doch die Frage Bourbonen ernstlich
 ins Auge gefasst. Bourbonen ist aber bereits zu influ-
 reich geworden, als dass man ihn verdrängen könnte.
 Auch Rothschild in Paris, dessen Einfluss man von gewisser
 Seite für eine Bewegung gegen Bourbonen zu gewinnen

4
hoffte, vertritt diese Ansicht und hat dieselbe seine Mit-
wirkung zu dem gedachten Zwecke abgelehnt."

Dass bei dieser Auffassung der Sachlage der deut-
sche Generalstab sich bei Zeiten versieht und dass die mannig-
fachsten Vorbereitungen für eine eventuelle Mobilisation bereits
getroffen werden sind und noch fortgesetzt werden, kann man
so wenig bezweifeln, als ja betreffend die Gefahr Bedenken
des auswärtigen Aukts gegen die gleichen Besorgnisse hegt. Doch
dürfte meine Mahnungen zu Folge auch hier Ih. bei der
Beurtheilung der Bedeutung dieser vorbereitenden Maßnahmen
das Richtige in der Mitte liegen. Ja; die unsichere Situa-
tion findet auf Seiten der Annäherung und Annäherung
die vollste Aufmerksamkeit und Thätigkeit; dass aber bereits
für einen nahen Krieg gerüstet würde, ist mir von glaub-
würdiger Seite wiederholt beschieden worden. Meine eigenen
Beobachtungen bieten mir ebenfalls meine Beobachtungen
für diese angeblichen dringlichen Kriegsvorbereitungen.

Auch meine Besuche im auswärtigen Aukts
geben mir keinen Stoff für Nova betreffend die Situation
im Allgemeinen.

Graf Bismarck, welchem ich vorgestern sprach,

erklärte mir aufs Neue, man sehe Deutschseits das
 vollste Vertrauen in die jähige französische Regierung,
 und sei fest überzeugt, dass sie den Frieden nicht stören
 werde. Ich habe aber neben wieder dem französischen Bot-
 schafter bemerkt, so wie die Dinge in Frankreich liegen,
 müsse man hier eben doch stets mit Besorgnis die
 Verantwortlichkeit einer Actions Regierung Bonapartes ent-
 gegensehen.

Ich erwähne noch, dass Graf Dismarck
 bei dieser Besprechung Anlass nahm, seinen Zweifel in
 die Zuverlässigkeit der Macht Belgien, mit Rück-
 sicht auf dessen Pflichten als neutraler Staat, in sehr
 bestimmter Weise auszusprechen zu geben, während er gleich-
 zeitig aus freien Stücken betonte, in der festen Willen
 und in die Fähigkeit der Schweiz, eine Verletzung ihrer
 Neutralität notwendigerweise mit Gewalt abzuwehren,
 sehe man dagegen hier das vollste Vertrauen.

Diesem Gedanken betreffend Belgien bin ich
 auch gestern im auswärtigen Amte anlässlich einer ver-
 handelten Besprechung mit einem Beamten, welcher
 das besondere Vertrauen des Fürsten Dismarck genießt,

6.

begegnet. Es sei - rasche mit dieser Absicht - in
Belgien sich zu wenig ereignet, um dasselbe in
Stand zu setzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen; man
habe sich hier dem auch wunderbar gesehen, in Brüssel
diesbezügliche Vorstellungen zu machen.

Diese letztere Eröffnung bringt mich auf die
Nennung, dass sie angeblich rein privaten Mittheilung
an den Herrn von Bülow gegenüber von Herrn Pras,
ident. Dauter, im verflossenen December, vielleicht doch
von Auswärtigen Aente befohlen waren und mitatis
neutralis den gleichen Zweck hatten, wie das gedach-
te Vorgehen in Brüssel. Ich. Dass man uns, als
hier gelegentlich die Lage der neutralen Staaten etwas
näher ins Auge gefasst wurde, durch officios ver-
ständlicher Aufmerksammachen auf den Zustand der Lage
indirect veranlassen sollte, bei Zeiten die nöthigen
digen Vorkehrungen für die Mahnung unserer Neu-
tralität zu treffen, bzw. die diesbezüglichen Maß-
nahmen weiterzuführen.

Auf dieser Grundlage steht die gedachte
Demarche des Herrn von Bülow wenigstens nicht

nach in so erklärenden Widersprüche mit Feijerling, was man mir im Auswärtigen Amte wiederholt über die Situation mittheilt, wie dies früher der Fall zu sein schien.

Man erklärt man von Anfang an, man verhehle in russ. Die Deutsche Gesandtschaft in Bern und der dortige kaiserliche Militärbevollmächtigte haben sehr beunruhigt berichtet. Ich nahm auch wiederholt Anlass, so beiläufig zu bemerken, dieses Verhalten sei ganz begründet. Und da man mir beständig consequent das Vorhandensein einer akuten Gefahr in Abrede stellte, so wäre ich auch nicht die richtige Adresse für einen französischen Hintz gewesen, abgesehen davon, dass solche Aufträge nach diplomatischer Brauch gewöhnlich dem eigenen Gesandten übertragen werden.

So erklärte ich mir jetzt, dessen Nachkommenschaft verhalten, die gedachte verkehrliche Demarche des Grafen von Bülow. Es ist da wohl noch die Maxime "Das eine thun und das Andere nicht lassen" aufzuheben worden.

87.
 Dem Uebrigem hat sich der gedachte Nebenmann
 des Fürsten Bismarck im auswärtigen Aente mir gegenüber
 vertraulich in folgender Weise ausgesprochen:

„Eine abante Kriegsgefahr liegt entschieden nicht vor.
 Dass wir aber früher oder später einen Krieg mit Frank-
 reich haben werden, steht für mich fest.“ Auf meine Frage,
 ob er sich betreffend den annähernden Zeitpunkt des Aus-
 bruchs dieses Krieges bereits eine Meinung gebildet habe,
 antwortete mein Gewährsmann: „Wir wissen, dass Daulungen
 eine Zeit lang die Ansicht war, man wäre dort jetzt
 schon gerüstet, dass ihm aber dann von den Corps-Comman-
 ds bedenklich worden ist, man brauche noch zwei Jahre,
 um „auf die Höhe zu sein.“ Diese Nachrichten könnten
 also bis zu einem gewissen Grade einen Anhaltspunkt
 für die Annahme bilden, bis dahin seien wir mehr
 oder weniger sicher. Fürst Bismarck will den Krieg
 entschieden nicht. Natürlich hindert dies Alles aber nicht,
 dass irgend ein Zwischenfall doch schon vorher zum Kriege
 führt. Es wäre überhaupt vermessen, bei den jetzigen
 Verhältnissen hierfür einen Termin fest in Aussicht zu
 nehmen. Andererseits sollte man meinen, man dürfe

auch mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, dass politische Zwischenfälle eintreten, welche einen Krieg noch weiter in die Ferne rücken.

Aber ist die Gefahr nach meinem Dafürhalten - wie gesagt - nicht. Ich glaube sogar, dass eine Änderung der Situation im Osten noch früher eintreten dürfte, als im Westen. Verschiedene Anzeichen lassen nämlich darauf schließen, dass Russland dahin tendiert, seine Meerengen-Aspirationen auf direktem Wege (auch das schwarze Meer) zu verwirklichen und Ostreich und die Balkanstaaten unbeschädigt zu lassen. Damit würde natürlich eine ganz andere Situation geschaffen und dürften dann also Russland gegenüber die sogenannten Mittelmeerstaaten etc. in den Vordergrund treten. Mir stehen diese Frage des schwarzen Meeres vollkommen fern und würden uns in keiner Weise direkt einmischen, es sei denn, dass der Fürst Bismarck auch unter diesen Verhältnissen der Sache der Erhaltung des allgemeinen Friedens sich nützlich erweisen könnte. Mit Russland steht Deutschland fortgesetzt gut."

Auf meine Frage, wie eigentlich Italien jetzt Deutschland gegenüber stehe, und was Mahers an dem

107
 Zeitungsnachrichten über das französische Bündnis, d.h. dessen
 Ablauf und Erneuerung sei, erhielt ich zur Antwort:

„Lassen wir die Frage der resumptiven Abrechnung, und
 bei Seite und begnügen wir uns zur Beurtheilung der Sach-
 lage vielmehr einfach mit der unbestreitbaren Thatsache, dass
 Italiens Interessen bei der heutigen Sachlage dasselbe unter-
 liegt auf uns anzuweisen.“

Zur der bulgarischen Frage scheint man immer nicht
 recht vom Fleck zu kommen. Gestern hiess es, die Bulgaren
 haben zwar den Russen drei Ministerportfeuille's eingewandt,
 jedoch mit Ausschluss des Ministeriums des Aussen und des
 Kriegsministeriums und diese Bedingung wurde von Russ-
 land, wie zu erwarten stand, gemütht gemessen.

Nächsten Montag 21^{ten} d. M. werden also die
 Wahlen zum Deutschen Reichstag stattfinden. Allgemein wird
 angenommen, dass, mögen diese Wahlen ausfallen, wie sie
 wollen, die Regierung im neuen Reichstag auf eine Mehr-
 heit für das Separat sich zählen kann.

Geben Sie, Herr Bundespräsident, die
 Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Ihr ergebener

Moltke